

Haben unsere Schulen ein Gewaltproblem?

Beschimpfungen, Drohungen, Einschüchterungen – viele Lehrpersonen in der Schweiz erleben Übergriffe, besonders von Eltern. Eine landesweite Studie zeigt das Ausmass. Blick hat Bildungsexperten und Politiker um eine Einschätzung der Situation an Schweizer Schulen gebeten.

Publiziert: 23.01.2026 um 18:30 Uhr

Aktualisiert: 24.01.2026 um 16:38 Uhr

[Kommentieren](#)



DARUM GEHTS



- Eine Schule in Reute AR schloss für zwei Tage wegen Eltern-Drohung
- 36 Prozent der Gewalt an Schulen geht laut LCH-Studie von Eltern aus
- Zwei Drittel der Lehrpersonen erlebten zwischen 2018 und 2023 Gewaltvorfälle

Die künstliche Intelligenz von Blick lernt noch und macht vielleicht Fehler.

[Mehr erfahren](#) [Feedback senden](#)



Daniel Macher

Redaktor News

In Reute AR musste diese Woche die Primarschule zwei Tage lang schliessen

(<https://www.blick.ch/schweiz/ostschweiz/appenzell-ausserrhoden/unterricht-nicht-moeglich-schule-muss-wegen-bedrohung-durch-elternteil-dichtmachen-id21621393.html>) – wegen Bedrohungen durch einen Elternteil gegen Lehrpersonen und Kinder. Beim Krawall-Vater handelt es sich um Johannes W.* (51). Er streitet gegenüber Blick alles ab. Er beteuert: «Ich bin nie aggressiv geworden!»
(<https://www.blick.ch/schweiz/schule-in-reute-ar-macht-wegen-johannes-w-51-dicht-der-krawall-vater-sagt-ich-bin-nie-aggressiv-geworden-id21623514.html>).

Der Fall führte schweizweit zu Schlagzeilen – und sogar ennet der Grenze: Sogar die deutsche «Bild» berichtete. Immer wieder sorgen Beschimpfungen, Drohungen und Einschüchterungen an Schulen für Wirbel. Verlässliche Zahlen dazu gibt es aber wenige.

Die Gewaltstudie des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) aus dem Jahr 2023 liefert die bisher einzige landesweite Datenlage. Und die hat es in sich! Denn sie zeigt: Zwei von drei Lehrpersonen haben in den Jahren zuvor mindestens eine Form von Gewalt erlebt. Am häufigsten: psychische Gewalt. 36 Prozent der Fälle gingen von Eltern aus, 34 Prozent von den Schülern.

Haben Schweizer Schulen ein Gewaltproblem? LCH-Präsidentin Dagmar Rösler (53) zu Blick: «Die grosse Mehrheit der Eltern verhält sich absolut korrekt und pflegt einen angemessenen Umgang mit Lehrpersonen.» Dennoch sei die Situation besorgnisrege: «Lehrerinnen und Lehrer sind stark exponierte Angestellte in einem öffentlich-rechtlichen Raum.» Gerade deshalb dürfe es bei Lehrpersonen nicht toleriert werden, dass sie Gewalt – egal welcher Art – ausgesetzt seien.

Druck steigt, Grenzen verschwimmen

Thomas Minder, Präsident des VSLCH, dem Deutschschweizer Verband der Schulleitenden, kann keine flächendeckende Zunahme belegen, da keine systematischen Daten vorliegen. Dafür hat er etwas anderes festgestellt: «Ich würde intuitiv sagen, dass die Forderungen der Eltern generell zunehmen.» Drohungen kämen in allen Formen vor. «In schriftlicher Form wird eher mit juristischen Schritten gedroht, allerdings können da auch Gewaltdrohungen dabei sein.» Physische Gewalt sei spontan, wenn sie geschehe, oder werde mündlich angekündigt.

Minder stellt klar: «Menschen, die Gewalt androhen, sind in der Regel auch in einer Notsituation. Ich habe noch nie von Eltern gehört, die zum Scherz oder aus purer Bosheit Gewalt androhen oder ausüben.» Der gesellschaftliche Druck auf Familien werde oft unterschätzt.

Was sollen Lehrpersonen tun, wenn sich eine Bedrohungslage abzeichnet? LCH-Präsidentin Rösler fordert einheitliche Abläufe: «Wichtig ist sicherlich, dass es in Schulen ein Interventions- und Krisenkonzept gibt, das allen Mitarbeitenden bekannt ist, sodass in einem Bedrohungsfall klar ist, an wen man sich wenden und wo man Hilfe und Unterstützung erhalten kann.» Eine Forderung, die SP-Politikerin Sandra Locher Benguerel (50) teilt. Sie ergänzt, dass es «für betroffene Lehrpersonen wichtig zu wissen ist, an wen sie sich richten müssen und wo sie unmittelbar Unterstützung erhalten.»

Die SP-Politikerin und Heilpädagogin Franziska Roth bestätigt aus ihrer Praxis: An Schulen, an denen sie arbeite, seien «Krisen- und Deeskalationskonzepte mit für den äussersten Notfall wichtigen Kontakten vorhanden», grundsätzlich seien sie allen bekannt. Entscheidend sei, Vorfälle «nicht isoliert, sondern nach Konzept im Team, mit der Schulleitung und wo nötig mit den Behörden» anzugehen.

Langfristiger Schutz: Politik gefordert

Die Folgen von Gewalt reichen weit. Viele Lehrpersonen wechseln die Schule, nehmen Auszeiten oder steigen aus dem Beruf aus. Die SP-Politikerin Sandra Locher Benguerel sieht Politik und Behörden in der Verantwortung, zu Blick sagt sie: «Was es braucht von allen Akteuren, ist eine klare und unmissverständliche Haltung gegen jede Form von Gewalt.» Bildungsverantwortliche müssten die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, «damit Lehrpersonen in einem sicheren und respektvollen Arbeitsumfeld unterrichten können».

SP-Politikerin Franziska Roth fordert konkrete Massnahmen: «Genügend Fachpersonal bei schulpsychologischen Diensten und Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie genügend Plätze für betroffene Kinder» – das sollte interkantonal vernetzt und vom Bund mitkoordiniert sein. Und: «Unabhängige Ombudsstellen und vor allem ein schneller Zugang zu Beratungs- und Coachingangeboten sowohl für Eltern wie auch für Lehrpersonen.»

Die Schule muss für Kinder ein gewaltfreier Raum sein. Locher Benguerel betont: «Damit die Kinder optimale Bedingungen fürs Lernen haben, ist es wichtig, dass die Schule als Ort von den Schülerinnen und Schülern als gewaltfreier und angstfreier Raum erlebt wird.»